

Einkommensrunde 2016:

## Mit Hochdruck zum Erfolg



Einkommensrunde 2016:

# Mit Hochdruck zum Erfolg

Mit Demonstrationen und Warnstreiks haben dbb Mitglieder aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes dafür gesorgt, Druck in den Kessel der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen zu bringen – auch in den neuen Bundesländern beteiligten sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen.

Am 26. April 2016 kam es in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern zu Warnstreiks im öffentlichen Dienst. In Kiel versammelten sich 1 200 Beschäftigte – unter ihnen auch eine Abordnung des dbb m-v und seiner Mitgliedsgewerkschaften BDZ und komba – zu einer zentralen Kundgebung. Neben dem stellvertretenden Vorsitzenden der dbb Bundestarifkommission, Andreas Hemsing, und der Vorsitzenden des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, sprach auch Dietmar Knecht zu den Demonstranten; Er betonte: „Der Norden steht zusammen. Auch um die hier oben noch greifbare Tarifmauer zwischen Ost und West endlich einzureißen.“ Hart ins Gericht ging Knecht mit der Blockadehaltung der

Arbeitgeber: „Wir sind die Letzten, die etwas gegen gutes Geld für gute Leistung haben. Aber wer Diätenerhöhungen für Abgeordnete – als Gutes in eigener Sache – im Hinterzimmer untereinander ausmacht, sollte sich gegenüber den Staatsbediensteten zumindest anständig und fair verhalten und nicht mit Mogelpackungen kommen“, forderte Knecht.

Auf dem Bahnhofsvorplatz in Kiel versammelten sich die rund 1 200 Demonstrationsteilnehmer zu einer Abschlusskundgebung. Zuvor hatten Mitglieder am 4. April mit einer Protestkundgebung auf dem Neuen Markt in Rostock ihre Kritik an der Verzögerungstaktik der Arbeitgeberseite zum Ausdruck gebracht. „Wir sollten die enormen Vorleistungen im Blick ha-

ben, die die Beschäftigten bei Bund und Kommunen seit Monaten erbringen – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation. Dadurch türmen sich immer höhere Überstundenberge auf. Für die Verzögerungstaktik der Arbeitgeber bei den Verhandlungen hat da niemand Verständnis“, sagte der Verhand-

lungsführer und Zweite Vorsitzende des dbb, Willi Russ, der auf die stets verlässliche Arbeit der Beschäftigten verwies. Insbesondere in den vergangenen Monaten hätten sie gezeigt, dass sie mit unvorhersehbaren Mehrbelastungen umgehen können und alles daransetzen, die Situation zu meistern. „Dafür erwarten sie zu Recht eine

> Gemeinsame Kundgebung der Nord-Landesbünde des dbb in Kiel.



> Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern, sprach in Rostock. Im Hintergrund dbb Tarifchef Willi Russ mit Liv Grolik von der dbb jugend.

Astrid Neumann

Jan Bremm



> Demonstrationzug durch die Innenstadt von Erfurt mit tbb Chef Helmut Liebermann an der Spitze (links).



> Die Mahnwache in Halle reihte sich in eine Vielzahl von Aktionen ein, die die dbb jugend bundesweit durchgeführt hat.

faire Behandlung und die Anerkennung ihrer Leistung“, so Russ. Stattdessen werde sogar seitens der kommunalen Arbeitgeber mit Eingriffen in die betriebliche Altersversorgung gedroht: „Dazu sagen wir klipp und klar: Pfoten weg von Leistungseinschnitten bei der Zusatzversorgung!“

Knecht kritisierte, dass der Nachholbedarf der Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen von der Arbeitgeberseite bestritten wird. „Wer so argumentiert, setzt die Funktionstüchtigkeit des öffentlichen Dienstes aufs Spiel“, warnte Knecht. „Wir fordern mit Recht spürbare Einkommensverbesserungen. Sonst will nämlich bald niemand mehr all die wichtigen Jobs machen, die unser Gemeinwesen am Laufen halten.“

Am 20. April 2016 nahmen Mitglieder des dbb sachsen-anhalt an einer Kundgebung vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin teil und forderten in den bis dahin laufenden Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen sechs Prozent mehr Einkommen und eine bessere Nachwuchsförderung.

### ➤ Mahnwache der dbb jugend

Die Botschaft auf den Transparenten am 13. April 2016 in Halle vor der Tür des kommunalen Arbeitgeberverbandes war eindeutig: „Vorfahrt für die Jugend“, „BefristungsSTOP“, „Baustelle öffentlicher Dienst“. Nachdem es auch nach der zweiten Verhandlungsrunde für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen keine entscheidende Annäherung der unterschiedlichen Positionen gegeben hatte, hat die dbb jugend sachsen-anhalt in einer Mahnwache nicht nur eindringlich auf ihre Forderungen hingewiesen, sondern sie auch in einem persönlichen Gespräch mit dem Verbandsgeschäftsführer des kommunalen Arbeit-



➤ Mitglieder der GdS jugend in Halle an der Saale.

geberverbandes Sachsen-Anhalt, Detlev Lehmann, erörtert.

André Paduch, Vorsitzender der dbb jugend sachsen-anhalt: „Ohne eine bessere Ausbildungsvergütung und ohne eine Perspektive für eine unbefristete Übernahme, werden sich junge Menschen in Zukunft nicht mehr für den öffentlichen Dienst bei der Berufswahl entscheiden.“ Erst werde sehr viel Geld in die Ausbildung des Nachwuchses investiert, dann aber müssten viele von ihnen wieder gehen, weil eine unbefristete Übernahme meist aus Kostengründen nicht möglich sei. Ein großes Problem gerade bei jungen Menschen im öffentlichen Dienst ist auch die Befristungspraxis. Dass Befristungen hier an der Tagesordnung sind, zeigt eine Studie, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Ende letzten Jahres veröffentlicht hat. „Junge Menschen unter 35 Jahren werden dabei mehr als doppelt so häufig befristet eingestellt als alle übrigen Altersgruppen, oft sogar mehrmals hintereinander“, kritisiert Paduch.

Die dbb jugend hatte im Rahmen der Einkommensrunde eine Erhöhung der Azubi-Entgelte um 100 Euro monatlich, die unbefristete Übernahme aller Azubis, die vollständige Übernahme von Reisekosten zu einer auswärtigen Berufsschule oder zu überbetriebli-

chen Ausbildungsmaßnahmen und 30 Tage Urlaub gefordert.

### ■ Mogelpackung abgelehnt

Die öffentlich Bediensteten von Bund und Kommunen haben am 22. April 2016 ihren Frust über das bis dato vorgelegte Angebot der Arbeitgeber beim jüngsten Verhandlungstermin vor das Erfurter Rathaus getragen. Rund 350 Beschäftigte waren zuvor vom Hauptbahnhof in einem bunten Demonstrationszug durch die Innenstadt marschiert. „Wer den öffentlichen Dienst fit für die Herausforderungen der Zukunft machen will, muss seinen Beschäftigten auch Perspektiven bieten“, rief tbb Chef Helmut Liebermann den Demonstranten zu. „Das bedeutet nicht nur arbeitsmarktgerechte Einkommen, sondern auch nachhaltige Nachwuchsgewinnung.“ Das von Arbeitgeberseite gemachte Tarifangebot bezeichnete Liebermann als Mogelpackung: „Diese drei Prozent sind weder fair noch sind es unter dem Strich überhaupt drei Prozent – und deshalb stehen wir heute hier! Wir wollen keine hübsch etikettierte Mogelpackung, wir wollen keine Augenwischerei, wir wollen ein echtes Angebot, das unseren Leistungen entspricht und das uns Teilhabe am allgemeinen Wirtschaftswachstum sichert.“ Liebermann forderte Bundesinnenminister Thomas de Maizière und VKA-Präsident

Thomas Böhle auf, sich hinter den öffentlichen Dienst zu stellen. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass zum Beispiel die Kommunen jüngst mit 3,2 Milliarden Euro den höchsten Überschuss seit der Wiedervereinigung erzielt hätten. „An der Erwirtschaftung dieses Rekordplus waren nicht zuletzt die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes maßgeblich beteiligt“, unterstrich Liebermann.

In der Nacht zum 29. April 2016 ist die Einkommensrunde mit einem Tarifergebnis von 4,75 Prozent mehr Lohn zu Ende gegangen. Der Verhandlungserfolg ist nicht zuletzt ein Verdienst der vielen engagierten dbb Mitglieder, die auf den Straßen und Plätzen der Republik Flagge für die Anliegen des öffentlichen Dienstes gezeigt haben. ■

## dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

**Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB – Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

**Redaktion:** Jan Brenner, Dr. Walter Schmitz (Chefredakteur)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt Sachsen: Beatrice Hala Sachsen-Anhalt: Dr. Karola Gagelmann Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

**Layout:** FDS, Geldern

**Fotos:** Jan Brenner (Titel)

**Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

**Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 19, gültig ab 1.10.2015

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Einkommensrunde 2016:

# Schritt der Einsicht

Nachdem die Arbeitgeber Mitte April 2016 ein Angebot vorgelegt hatten, das die Gewerkschaften als Zumutung empfunden und abgelehnt haben, begrüßte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht, der in Potsdam der Verhandlungskommission angehörte, den jetzt zustande gekommenen Kompromiss als „ein Schritt der Einsicht der Arbeitgeber von Bund und Kommunen, ihre Beschäftigten trotz erhöhter Belastungen nicht im Regen stehen zu lassen“.

„Bei den üppig fließenden Einnahmen, allein 107 Millionen Euro bei den Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns im letzten Jahr, ist der Abschluss das Mindeste, was wir mit nach Hause in die Dienststellen nehmen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den streikbereiten Beschäftigten, aber auch bei den sich solidarisierenden Beamten, die am 4. April in Rostock und am 26. April in Kiel zu diesem Tarifabschluss beigetragen haben. Der dadurch erhöhte Druck auf die Arbeitgeberseite hat dazu geführt, dass heute ein erheblich ver-

bessertes Angebot unterbreitet wurde“, so Knecht weiter.

Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich in der dritten Verhandlungsrunde am 29. April 2016 in Potsdam auf tabellewirksame Einkommenssteigerungen von insgesamt 4,75 Prozent, bei einer Laufzeit von 24 Monaten, beginnend ab dem 1. März 2016, geeinigt. Allerdings verbirgt der Abschluss im Bereich der Kommunen bei der Jahressonderzahlung eine Kompensation zur Einführung der Entgeltordnung ab dem 1. Januar 2017



Friedhelm Windemüller

> Uwe Busack (stellvertretender Bundesvorsitzender des VAB), Gabriele Axmann, Verbandsgeschäftsführerin des KAV M-V), dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, Roland Methling (Vorsitzender des KAV M-V und Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock) sowie Jürgen Schönwandt (stellvertretender Vorsitzender des KAV M-V und Zweiter Stellvertreter der Bürgermeister der Stadt Wolgast) während der zweiten Verhandlungsrunde in Potsdam.

sowie speziell in Mecklenburg-Vorpommern Erhöhungen der Eigenanteile zur Zusatzversorgung.

Knecht fordert nun, das Tarifiergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die rund 350 000 Beamtinnen und Beamten (14 500 in M-V) sowie die Pensionäre des

Bundes zu übertragen. „Erst mit dieser Gleichbehandlung kommt diese Einkommensrunde zu einem gerechten Abschluss“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende. In Mecklenburg-Vorpommern sind knapp 50 000 Menschen von den Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen betroffen. ■

Landeshauptvorstand:

## Solidarität mit Strafvollzug

Auf seiner Sitzung am 4. April 2016 in Rostock kritisierte der Landeshauptvorstand des dbb mecklenburg-vorpommern den Umgang der öffentlichen Hände von Bund, Land und Kommunen mit ihren Bediensteten.

Während die Diäten im Bundestag in diesem Jahr um 2,7 Prozent steigen – und das ohne Tarifverhandlungen und Streiks – werden die Tarifverhandlungen für die eigenen Beschäftigten immer konfrontativer. Darüber hinaus überträgt das Land die mühselig erkämpften Tarif-

abschlüsse nicht vollinhaltlich auf die Beamten. Außerdem wird die längst überfällige Aufgabenkritik von Personal-konzepten auf das Abstellgleis geschoben.

Auf der Habenseite, aus der die Betroffenen auch noch Motiva-

tion schöpfen sollen, stehen allerdings steigende Arbeitsbelastung, Krankenstände und Überstunden, gestoppte Beförderungsverfahren, fragwürdige Praktiken bei der Absolventenübernahme aus der FHöVPR Güstrow sowie die Verschlechterung betrieblicher Alters-

vorsorgesysteme. Zusätzlich bedroht eine unattraktive Nachwuchsgewinnung die Daseinsvorsorge des öffentlichen Dienstes für die Bürgerinnen und Bürger – der demografische Wandel ist da, die Arbeitgeber und Dienstherrn sind ihm allerdings nicht gewachsen!

„Ein ‚Weiter so‘ bedeutet auch die Produktion von Wutpotenzial im eigenen Stall und gefährdet damit auch die Demokratie unseres Landes“, so dbb

Landesvorsitzender Dietmar Knecht.

Solidarisch zeigte sich der dbb Landeshauptvorstand mit den Bemühungen des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD), demotivierende Personalpraktiken des Justizministeriums zu verhindern.

#### 40 Jahre ohne Beförderung

So werden gerade alle kurz vor dem Abschluss stehenden Beförderungsverfahren im Strafvollzug zugunsten der Landeskasse gestoppt. Das hat unter anderem die Folge, dass Kolleginnen und Kollegen nach mitunter 40 Dienstjahren ohne jemals eine Beförderung erhalten zu haben in den Ruhestand geschickt werden. Angehende Justizanwärter werden darüber hinaus verprellt, da sie nicht wie üblich nach der Ausbildung in Güstrow zu Beam-



> Im Bild von links: Dr. Marita Jennings (VÄöGD), Helmut Halwachs (BSBD) und Sabine Ackermann (DJG). Jennings und Ackermann wurden darüber hinaus mit der Ehrenmedaille des dbb m-v ausgezeichnet, Halwachs hatte diese bereits bei seiner Verabschiedung aus dem Amt des Landesvorsitzenden des BSBD im Mai 2015 erhalten.

ten auf Probe ernannt werden. Unterstützt wird daher auch die Forderung nach Übernahme der geprüften Anwärter

zum 1. Oktober 2016 in dem dafür vorgesehenen Status. „Die Wut auf die Justizministerin und damit auf die gesamte

Landeregierung ist äußerst groß“, stellt dazu BSBD-Landeschef Hans-Jürgen Papenfuß fest.

„Für die abwegige Sichtweise der Arbeitgeber und Dienstherrn über die Situation und die Motivation der eigenen Beschäftigten gibt es zumindest keinen fiskalischen Grund, denn, wie in der vergangenen Woche das Statistische Amt festgestellt hat, gibt es bei Bund, Ländern und sogar bei den Kommunen jeweils mindestens mehr als zehn Prozent höhere Steuereinnahmen“, betonte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

Einer Tradition folgend wurde die Sitzung auch dazu genutzt, langjährigen Mitglieder des Landeshauptvorstandes, die diesem nicht länger angehören, für ihre Arbeit zu danken und sie offiziell aus dem Gremium zu verabschieden. ■

Internationaler Terrorismus:

## Starker Staat gefragt

„Nach den schrecklichen Anschlägen in Brüssel sind unsere Gedanken bei den Opfern und ihren Angehörigen. Die Reaktion auf diese schändlichen Taten muss koordiniert und entschlossen ausfallen.“ Mit diesen Worten kommentierte der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, der gleichzeitig auch Vorsitzender der dbb Grundsatzkommission für Europa ist, die Attacken vom 22. März 2016 und forderte eine entschiedene Antwort auf die Bedrohung durch den Terrorismus in Europa.

Vertreter aller staatlichen Institutionen könnten in ihrem Aufgabenbereich einen wichtigen Beitrag zur Prävention leisten. „Wir brauchen jetzt einen starken, selbstbewussten Staat.“ Die Täter seien Teil eines größeren Netzwerkes gewesen.

„Solche Strukturen können und müssen vorab aufgedeckt werden, bevor es zur Katastrophe kommt.“

„Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union können stolz auf ihre freiheitlichen Grund-

ordnungen sein. Diese Werte müssen verteidigt werden“, erklärte Knecht am 23. März 2016. „Den öffentlich Bediensteten kommt hier eine besondere Rolle zu, sie sind das Gesicht des Staates.“ Es gehe um konkrete Gefahrenabwehr zum Beispiel durch die Polizei. „Wer ein sicheres Europa will, der muss auch in die Polizei investieren. Sowohl die personelle als auch die materielle Ausstattung lässt häufig zu wünschen übrig. Auch müssen für die Arbeit der Sicherheitskräfte relevante Daten in Echtzeit grenzübergreifend zur Verfügung stehen.“

Daneben sei es auch wichtig, etwa Lehrern und Sozialarbeitern den Rücken zu stärken, so Knecht. „Diese Berufsgruppen können, wenn sie als Vertrau-

enspersonen wahrgenommen werden, wichtige Präventionsarbeit leisten. Häufig bleibt das Abdriften in die Radikalität innerhalb der sozialen Netzwerke nicht unbemerkt. Aus Misstrauen gegenüber staatlichen Stellen werden diese Informationen aber nicht immer weitergegeben, obwohl bei rechtzeitigem Handeln viele junge Menschen wieder auf den richtigen Weg zurückgeholt werden können.“ Der Staat müsse als stark und gleichzeitig als vertrauenswürdig angesehen werden. Dazu gehört in der Endkonsequenz auch die Stärkung des Gesundheits- und Katastrophenschutzes. „Nur so wird der Staat als Partner wahrgenommen. Das ist leider noch nicht immer und überall der Fall“, erklärte Knecht. ■

Verbandstag in Rostock:

# Gymnasiallehrer fordern geringere Unterrichtsverpflichtung

Zu seinem diesjährigen Verbandstag kam der Philologenverband Mecklenburg-Vorpommern, der im dbb m-v die Interessen von Gymnasiallehrern vertritt, am 23. April im Christophorus-Gymnasium in Rostock zusammen. Unter dem Motto „Wie weiter mit den Gymnasien in M-V nach den Landtagswahlen?“ wollte der Verband anlässlich der Landtagswahl im Herbst seine Forderungen an die Landespolitik herantragen.



der Tatsache, dass an Gymnasien weniger Lehrerwochenstunden zur Verfügung stehen, durch die es möglich wäre, Klassen zu teilen oder Förderunterricht anzubieten, die Schülerinnen und Schüler an Gymnasien nicht die gleichen Bedingungen wie für die Schüler an Regional- und Gesamtschulen haben. Erste zaghafte Verbesserungen habe man zur Kenntnis genommen, diese müssten aber weiter ausgebaut werden. Auch an Gymnasien gebe es Unterschiede im Wissensstand und im Lerntempo der Schüler, betonte Seifert.

Der Philologenverband setzt sich außerdem dafür ein, dass an allen Gymnasien des Landes Schüler bereits wieder ab der fünften Klasse unterrichtet werden dürfen. Seit im Schuljahr 2006/2007 die sogenannte schulartunabhängige Orientierungsstufe eingeführt wurde, die nur an Regional- und Gesamtschulen gebildet werden darf, kann die gymnasiale Bildung in Mecklenburg-Vorpommern erst ab Klasse sieben beginnen. Die soll nach dem Willen des Verbandes wieder rückgängig gemacht werden.

Darüber hinaus sollen in der Oberstufe Grund- und Leistungskurse wieder eingeführt werden. In der derzeitigen Praxis, wo Grund- und Leistungskurschüler in den Hauptfächern in einer Klasse gemeinsam unterrichtet würden, sei es für den Lehrer ausgesprochen schwer, beiden Leistungsniveaus gleichzeitig gerecht zu werden. Das gehe nicht selten zulasten der Schüler, die sich in dem Fach auf dem erhöhten Leistungsniveau prüfen lassen, so Seifert. ■

> Dr. Wolfgang Rosenow (FDP), Wiebke Weitendorf (Moderatorin), Andreas Butzki (SPD), Mathias Brodtkorb (Bildungsminister), Simone Oldenburg (Linke), Jörg Seifert (Philologenverband), Ulrike Berger (Bündnis 90/Grüne)

Neben Bildungspolitikern der demokratischen Landtagsparteien und der FDP war auch Bildungsminister Mathias Brodtkorb (SPD) eingeladen. Der Kultusminister hielt das Eingangsreferat und begann damit, die bisher erreichten bildungspolitischen Erfolge darzustellen. Besonders die Verbeamtung und die Gewinnung neuer, junger Lehrkräfte wurde hervorgehoben. Auch die Überarbeitung der Rahmenpläne der Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch für die Oberstufe sowie die bessere Ausstattung der Schulen mit Anrechnungsstunden, unter anderem für die Klassenleiter, gehören dazu. Zum Abschluss gab der Minister noch einen Ausblick, in dem er kommende

Aufgaben, zum Beispiel die Überarbeitung der Rahmenpläne aller Fächer in der Oberstufe, vorstellte. Anschließend erfolge die Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprechern Simone Oldenburg (Die Linke), Ulrike Berger (Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Butzki (SPD), Dr. Wolfgang Rosenow (FDP) und dem Vorsitzenden des Philologenverbandes M-V Jörg Seifert. Moderiert wurde diese von Wiebke Weitendorf, freie Journalistin, die sich bereits zum zweiten Mal für als Moderatorin des Podiums anlässlich des Vertretertags zur Verfügung gestellt hat. Nach den Stellungnahmen der einzelnen Politiker wurden Themen wie die Pflichtstundenanzahl, In-

klusion und die Ausbildung der Referendare diskutiert.

Eine Kernforderung des Verbandes besteht darin, die Unterrichtsverpflichtung von momentan 27 wieder auf 25 Stunden pro Woche zu verringern. Die rot-rote Landesregierung, die bis 2006 im Amt gewesen ist, hatte seinerzeit die Pflichtstundenzahl mit Hinweis auf die schlechte Finanzlage erhöht. Damals sei versprochen worden, sie wieder abzusenken, wenn ein Steuerplus da sei. «Davon will man heute nichts wissen», bedauert Jörg Seifert, Landesvorsitzender des PhV M-V.

Der Verband ist darüber hinaus der Auffassung, dass aufgrund

Altenparlament:

# Lebensqualität im Alter sichern

Am 16. März 2016 fand im Schweriner Rittersaal das 9. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern statt. 71 Delegierte aus 27 verschiedenen Seniorenorganisationen, Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Seniorenbeiräten haben im Rahmen des 9. Altenparlaments zwei Beschlüsse und eine Resolution verabschiedet.

Der dbb m-v war durch den stellvertretenden Vorsitzenden der dbb landesseniorenvertretung, Bernd R. Letsch (im Bild ganz links), vom Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) vertreten. Darüber hinaus hat auch der BRH-Landesverband M-V einen Sitz im Altenparlament.

Mit dem 9. Altenparlament wurde eine Tradition fortgesetzt, die 1999 ihren Anfang genommen hat. Auf Initiative des Landtagspräsidenten a. D. Hinrich Kuessner fand im Jahr 1999 das erste Altenparlament in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern statt. Ziel war und ist es auch heute noch, nicht nur über Seniorinnen und Senioren, sondern mit ihnen zu reden, um ihre Probleme und Wünsche kennenzulernen und ihnen mehr Gewicht zu verleihen. Wie sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, hat sich dieses Altenparlament nach und nach zu einem Eckpfeiler der Seniorenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und seine Beschlüsse sind aus der politischen Diskussion nicht mehr wegzudenken.

Die Landesseniorenvertretung des dbb m-v hat seit Beginn ihrer Arbeit Kontakte zu den im Landtag vertretenen Fraktionen der demokratischen Parteien gesucht und konstruktive Gespräche mit Parlamentariern geführt, in denen die dbb Vertreter wiederholt auf die überfällige Durchsetzung der Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West hingewiesen haben.



> Arbeit in den Ausschüssen: im Bild links Bernd E. Letsch, stellvertretender Vorsitzender der dbb landesseniorenvertretung.

## ➤ Rentengerechtigkeit herstellen

Daher unterstützt der dbb m-v die Bemühungen von Ministerpräsident Erwin Sellering, die Rentenungerechtigkeiten zu beseitigen, die dieser anlässlich seiner Rede vor dem Altenparlament erneut bekräftigte. „Die Rente ist wegen fehlender Betriebsrenten, fehlender Rücklagen sowie geringen Ostlebensversicherungen die einzige Einnahmequelle der heutigen Rentnergeneration in den neuen Bundesländern. Mehr als 25 Jahre nach der Wende muss hier Gerechtigkeit zwischen Ost und West her, sonst sterben die Betroffenen weg, ohne dass ihnen ihre Lebensleistung anerkannt wurde“, unterstrich dazu der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. „Diese Forderung sollte endlich von der Bundesregierung aufgegriffen werden“, so Knecht weiter. Das

Lohnniveau sei auch in den alten Bundesländern unterschiedlich hoch, ohne dass es zu einer unterschiedlichen Höhe bei den Entgeltpunkten führen würde.

Nach dem Grußwort der Landtagspräsidentin und des Ministerpräsidenten ging es im Plenum und in den Ausschüssen an die Arbeit. Wie der Vorsitzende des Landeseniorenparlamentes, Bernd Rosenheinrich, ausführte, ist dieses Parlament da, um Probleme, Ideen und Wünsche an die Landesregierung und das Landesparlament heranzutragen. Die Delegierten waren sich darüber einig, dass es aber an der Zeit ist, auch Forderungen zu stellen. „Es hat sich seit dem 8. Altenparlament einfach zu wenig getan“, betonte Bernd E. Letsch, „da alle Vertreter der Landtagsfraktionen unseren Wünschen, Problemen, Anregun-

gen und Forderungen zumindest Verständnis entgegenbrachten, sollten wir die Wahlprogramme der Parteien nun genau anschauen. Es bleibt zu hoffen, dass alle verstanden haben: Rentner, Pensionäre und deren Familien sind schlussendlich Wähler, und nicht eben wenige.“

## ➤ Den Wandel gestalten

Im 9. Altenparlament wurden zwei Beschlüsse gefasst und eine Resolution verabschiedet. Der erste Beschluss befasst sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“.

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es älteren und hochaltrigen Menschen ermöglichen, bis zum Lebensende eigenständig und selbstbestimmt in einer Wohnung im vertrauten Umfeld zu leben.

Im zweiten Beschluss fordert das Altenparlament den Landtag und die Landesregierung auf, entsprechend des Strategieberichtes Mecklenburg-Vorpommern „Den demografischen Wandel gestalten“ und des Zwischenberichtes der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, in den dörflichen Gemeinden gleichwertige Lebensqualität in der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum zu sichern.

Schließlich wurde eine Resolution zum Thema „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“ verabschiedet. ■

## 25 Jahre Beamtenbund und Tarifunion Sachsen:

# Happy Birthday SBB

Kurz nach der „Wende“ 1989 und noch vor der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 hatten sich in Berlin engagierte Kollegen und Kolleginnen zusammengefunden, die in der neu zu gestaltenden DDR die Chance der Mitgestaltung für einen neuen Verwaltungsaufbau sahen. Im Februar 1990 wurde der Interessenverband Beamtenbund der DDR (IBB) gegründet.

ausstattung, tarifgerechte Eingruppierung – diese Aufgaben stehen heute noch beziehungsweise wieder im Mittelpunkt unserer Arbeit.

### > Festakt in Dresden



Andreas Fiedler (5)

> Gerhard Pöschmann eröffnet den Abend in der Dreikönigskirche.

25 Jahre SBB sollen gefeiert werden. Deshalb lud der SBB am 30. April 2016 Vertreter aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften in die Dreikönigskirche in Dresden. Im geschichtsträchtigen Gemäuer begrüßte der amtierende Landesvorsitzende Gerhard Pöschmann die rund 100 Gäste. Er erinnerte in seiner Ansprache an die Anfänge der Arbeit der Beamtenverbände in Sachsen. Zudem stellte er die aktuellen Aufgaben des SBB dar, zeigte auf, wie umfangreich sich die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung heute gestaltet. Wichtig sei vor allem die Erkenntnis, dass wir den öffentlichen Dienst neu begreifen müssten, resümierte Gerhard Pöschmann. Die Bediensteten würden endlich nicht mehr nur als Kostenfaktor, sondern als wichtigste Ressource betrachtet. Das mache Hoffnung für die nächsten 25 Jahre.

Seit dem ersten Tag unterstützend und begleitend dabei waren Vertreter des dbb – deutscher beamtenbund und tarifunion. So sprach der damalige dbb Vorsitzende Werner Hagedorn auch auf der Gründungsveranstaltung des IBB. Dem IBB folgte der Gewerkschaftsverband Beamtenbund (GBB), der, im Juni 1990 konstituiert, den Weg konsequent in Richtung Mitgliedschaft im dbb beschritt. Ende September 1990 wurde der GBB, als eine Dachorganisation für alle neuen Bundesländer, Mitglied des dbb.

Im August 1990 hatte sich parallel dazu der Sächsische Beamtenbund (SBB) gegründet. Er verstand sich als Landesorganisation des GBB in Sachsen. Bereits 20 Verbände wurden zu diesem Zeitpunkt Mitglied im damaligen Dachverband SBB im GBB.

Am 6. April 1991 hat sich in Dresden der heutige SBB als Landesbund des dbb neu gegründet. Rund 150 Delegierte aus zwischenzeitlich 26 Mitgliedsgewerkschaften hoben an diesem Tag den sächsischen Landesbund des dbb aus der Taufe. – „Man muss die Zukunft im Sinn haben und die Vergangenheit in den Akten“, so formulierte es Charles-Mau-

rice de Talleyrand Périgord (1754 bis 1838 ehemaliger Premierminister der Französischen Republik) vor langer Zeit.

Die Themen, die der SBB und seine Vorläufer formulierten, trafen von Anfang an ins Schwarze. Notwendige Verbeamtungen, Schaffung von Altersübergangslösungen, aufgabengerechte Personal-



> Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtages, bei seinem Grußwort.

Der Präsident des Sächsischen Landtages, Dr. Matthias Rößler, stellte in seinem Grußwort heraus, dass der SBB sich in den vergangenen 25 Jahren durch konsequentes Vertreten der Interessen seiner Mitglieder ein eigenes Profil erarbeitet habe. Vor uns stünde nun die gemeinsame Herausforderung des demografischen Wandels und des Generationenwechsels im öffentlichen Dienst. Für die Zukunft käme es im Wesentlichen darauf an, dass alle miteinander im Gespräch blieben.

In seinem Grußwort überbrachte Markus Ulbig, Sächsischer Staatsminister des In-





> Markus Ulbig, Sächsischer Staatsminister des Innern (Mitte), mit einem Teil der Landesleitung.



> Klaus Dauderstädt, dbb Bundesvorsitzender, und Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a. D., im Gespräch.



> Die Ehrengäste des Jubiläums: Klaus Dauderstädt, Ingrid Biedenkopf, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Claus Weselsky, Pia Weselsky (von links).

nern, die herzlichen Grüße des Sächsischen Ministerpräsidenten. Er dankte dem SBB für einen allzeit intensiven, aber auch konstruktiven Dialog. Im täglichen Geschäft gebe es natürlich Reibungspunkte, so führte Minister Ulbig aus, aber in den allermeisten Fällen sei ein gemeinsames Streiten und Ringen um Lösungen ein fruchtbarer Prozess.

dbb Chef Klaus Dauderstädt erinnerte an die schwierige Ausgangslage der gewerkschaftlichen Arbeit in den neuen Bundesländern. Damals wichen die Bedingungen in Ost und West wesentlich voneinander ab. Und auch heute gebe es noch immer Differenzen, wie beispielsweise im Rentenrecht oder bei der Unkündbarkeit im Tarifbereich. Für die Arbeit des SBB gebe es also auch für die nächsten 25 Jahre noch einiges zu tun.

Festredner des Abends war Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Sächsischer Ministerpräsident a. D. Er referierte in beeindruckender Schärfe zum Thema „Zukunftsfähigkeit des Staates“. Nach Überzeugung Prof. Dr. Kurt Biedenkopfs würden die nächsten 20 Jahre spannend, auch für die öffentlich Bediensteten. „Es wird noch Beamte geben, wenn auch nicht mehr so viele und anders qualifiziert“, so die Überzeugung des Wirtschaftskenners.

Biedenkopf beleuchtete viele Aspekte des Zusammenlebens in Sachsen, Deutschland, Europa, aber auch weltweit. Unter Beachtung des Generationenwechsels, der demografischen Entwicklung, aber auch der aktuellen Flüchtlingssituation spannte er den Bogen der Zukunft unserer Arbeit und unseres Zusammenlebens. „Die Diskussion, ob wir im Alter ar-

beiten müssen, ist keine Diskussion, die es zu führen lohnt. Es wird so kommen“, argumentierte Biedenkopf.

Auch die Digitalisierung und die damit verbundenen dramatischen Veränderungen der Organisation des Staates waren Gegenstand von Biedenkopfs Vortrag. Zukünftig würden wir uns in einer Umwelt bewegen, die wir immer weniger verstehen. Die Menschen würden erwarten, dass der Staat diese Probleme löse. Das habe auch Auswirkungen auf die Staatsdiener, auf die Beamten.

Diese müssten den Menschen erklären, wie der Staat funktioniert. Und zwar nicht so, dass es gut für den Dienstherrn sei, sondern, dass es gut für die Menschen ist.

Die Feierstunde war ein Abend voller, teils emotionaler Rückblicke und Erinnerungen, aber auch mit klaren Aussichten für die Zukunft. Ebenso aber ein Abend der Geselligkeit, des Feierns. Dazu trugen sowohl die Musiker des Quartetts Florence als auch die Kabarettisten „Breschke und Schuch“ sehr gelungen bei. ■

#### > Neue Homepage

**Schöner, informativer und benutzerfreundlich – Der SBB hat eine neue Homepage.**

Nach vielen anstrengenden Arbeitsstunden haben wir es vollbracht. Unsere neue Seite ist online. Dank der fleißigen Mitarbeiter der dbb Internetredaktion dürfen wir uns nun über die neue Seite freuen. Was ist anders? Ab sofort finden Sie eine Chronik über den SBB, eine benutzerfreundliche Navigationsstruktur und ein komplett überarbeitetes Layout. Besuchen Sie unsere Seite, und entdecken Sie unsere Neuheiten! [www.sbb.de](http://www.sbb.de)



> Am 20. April 2016 fand in der SBB-Geschäftsstelle der erste Informationsabend für unsere Mitglieder statt. In Zusammenarbeit mit der DBV wurden die 15 Teilnehmer zum Thema „Dienstunfähigkeit – was bekomme ich im Ernstfall“ informiert. Unser nächster Informationsabend erfolgt im Mai 2016, Schwerpunkt wird die Altersversorgung von Frauen im Alter sein.

Tag der offenen Tür:

# Die „Staumacher“

Am ersten Märzsamstag 2016 öffneten sachsenweit alle sieben Autobahnmeistereien im Freistaat erstmals ihre Fuhrparks, Werkstätten und Verkehrsschilderlager zum Tag der offenen Tür – mit großem Erfolg.

Über 1.000 Neugierige stürmten die Autobahnmeistereien. Hintergrund dieses Aktionstages war das Werben um mehr Verständnis für die Arbeit der Männer in Orange, und gleichzeitig konnten sich die Schüler über den Beruf des Straßenwärters informieren. „Wenn man uns auf der Autobahn begegnet, sind unsere Mitarbeiter ja kaum zu übersehen – denn oft sind wir dann leider gerade Anlass für Ungemach beim Autofahrer“, erläutert der Präsident des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, Rainer Förster. „Wir wollen zeigen, welche Ver-

antwortung wir tagtäglich für die Sicherheit auf Sachsens Autobahnen übernehmen und was wir dafür leisten.“

Wer kennt das nicht: Man fährt auf der Autobahn, muss pünktlich zum nächsten Termin kommen – und dann blockiert eine Baustelle einen oder zwei Fahrstreifen, die Geschwindigkeit wird auf 80 Kilometer/Stunde herabgesetzt und Männer und Frauen in Warnkleidung arbeiten auf den gesperrten Spuren – nervig. An diesem Tag gab es allerdings Gelegenheit zu erfahren, für wen das alles



> Rechts der Präsident des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LASuV), Rainer Förster, links daneben der Leiter der Autobahnmeisterei, Timo Krepel.

mindestens genauso nervig, vor allem aber viel gefährlicher ist: für diese orange gekleideten Arbeiter. Denn oft werden sie aus dem heruntergekurbelten Seitenfenster beschimpft oder sogar mit Gegenständen beworfen.

Der Leiter der Autobahnmeisterei Leipzig, Timo Krepel, leitet den Einsatz der Kollegen von seinem Schichtleiterzimmer. Hier stehen zwei Computer, auf denen alle Autobahnen im Freistaat zu sehen sind und ständig die aktuellen Daten des Deutschen Wetterdienstes eingehen. Im Winter, wenn die Kollegen sieben Tage die Woche im Drei-Schicht-System ar-

beiten, ist das besonders wichtig. „Über Glättemeldeanlagen, die als Schleifen in die Fahrbahnen eingebracht sind, erfahren wir sofort, wenn es irgendwo kritisch wird“, sagt Krepel. Neuralgische Punkte seien Brücken. Heute ist alles im grünen Bereich. „An solchen Tagen können wir uns ums Grün und den Müll kümmern“, fügt der Autobahnmeister schmunzelnd hinzu.

Viele der zahlreichen Besucher an diesem Tag sehen die Arbeit der „Staumacher“ nun aus einer ganz anderen Sicht. Nach dem großen Interesse wurde beschlossen: Im Herbst gibt es den zweiten Tag der offenen Tür. ■

privat

Seniorenmitbestimmungsgesetz:

# Kein Ende in Sicht!

Am 4. April 2016 fand die öffentliche Anhörung zur Drucksache Drs. 6/3471 „Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung, Mitbestimmung und Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren im Freistaat (Sächsisches SeniorInnenmitbestimmungsgesetz – SächsSenMitbestG) im Landtag statt.

Der Gesetzesentwurf wurde von der Fraktion Die Linke in den Landtag eingebracht. Tenor der Veranstaltung war, dass Sachsen ein solches Gesetz dringend benötigt. Deshalb sollte im Landtag eine zielführende zügige Überarbeitung des vorliegenden Entwurfes erfolgen.

Neun Sachverständige wurden mit einem Gutachten beauftragt. Sechs davon trugen ihre

unterschiedlichen Auffassungen vor. Beispielhaft führte Dr. Ing. Fritz Michalczyk (Mitglied im Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Dresden) aus, dass im Bundesrat vier Vertreter aus Sachsen im Namen von 1,24 Millionen Rentnerinnen und Rentnern unter anderem über eine Rentenwertverordnung abstimmen, obwohl kein Rentner vorher Teilhabe an dem politischen Abstimmungsprozess hat. Dies gilt auch für die Müt-



privat

terrente, Rentenwert Ost-West und eventuelle beitragsfremde Verwendung des Eigenkapitals der Senioren. Der DGB kritisierte die Haltung des Landtages, der den Gesetzesentwurf des DGB aus dem Jahre 2007 ablehnte, ohne im zuständigen Sozialministerium bislang einen geeigneten Entwurf zu erarbeiten.

*Rita Müller, Vorsitzende der SBB-Seniorenvertretung*

## > Glückwünsche

Der SBB – Beamtenbund und Tarifunion Sachsen gratuliert herzlich:

**Eva Fehrke** GdS  
zur Berufung zur ehrenamtlichen Richterin beim Arbeitsgericht Dresden

**Matthias Bilek** GdL  
**Holger Westphal** GdL  
zur Berufung zu ehrenamtlichen Richtern beim Arbeitsgericht Leipzig

> 12. Frauenpolitische Fachtagung in Berlin

Konnten Sie sich vor 20 Jahren vorstellen, dass Sie heute nicht in eine Bibliothek gehen und nach Informationen suchen, sondern im Internet nachschauen? Oder dass Sie mit Ihrem Telefon unterwegs mal schnell ein Foto oder Video aufnehmen und verschicken? Die neue digitale Welt macht es möglich. Mit ihr haben wir in unserer Arbeitswelt ganz neue Möglichkeiten. Aber sie birgt auch Risiken. Zum digitalen Wandel im öffentlichen Dienst fand am 12. April 2016 in Berlin die 12. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung statt. Gerade junge Frauen und Männer möchten flexibel und familienorientiert arbeiten.



Durch neue Kommunikationstechnologien und -methoden kann Arbeit zeitlich und räumlich besser an die Familiensituation angepasst werden. Damit der öffentliche Dienst attraktiv bleibt, müssen öffentliche Arbeitgeber verstärkt auf neue Kommunikationstechniken, flexible Arbeitszeitmodelle und mobile Arbeitsplätze setzen. Aber diese neuen flexiblen Möglichkeiten enthalten auch Risiken. Durch die zunehmende Vermischung von Arbeits- und privater Zeit sowie der weiteren Arbeitsverdichtung kann es zu einer höheren Belastung (Arbeit, Haushalt, Familie, Ehrenämter und so weiter) und somit zu Stress, gesundheitlichen Problemen sowie längeren Ausfallzeiten führen.

Unter dem Titel „Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt?“ haben Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden die aktuellen Trends analysiert und diskutiert. Weitere Informationen zu den Vorträgen sowie zur Podiumsdiskussion können Sie unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de) nachlesen. Im Bild: Ingrid Bernhardt, Nannette Seidler, Helene Wildfeuer und Sabine Marz (von links).



> Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Am 26. April 2016 fand das Seminar zum Thema Staatspolitik – Personalmanagement im Kloster Nimbschen statt. Teilnehmer waren die Landesleitung und Mitglieder des Landesvorstandes des SBB. Diskutiert und informiert wurde zum Thema Abschlussbericht der Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung, wie weiter mit dem öffentlichen Dienst? Unser Gast Marko Schiemann (MdL) bewertete die Situation wie folgt: „Das Papier ist eine Chance, die jetzt genutzt werden muss.“ Im weiteren Teil des Seminars informierten Isabell Marth, stellvertretende Referatsleiterin (Referat 21 im SMWA) und Klaus-Peter Schölzke, stellvertretender Landesvorsitzender des SBB, zum Thema Fachkräfteallianz. Im Bild: die Teilnehmer des Seminars mit Marko Schiemann MdL (links).

Koalitionsvertrag 2016:

# Beamte erhalten wieder Weihnachtsgeld

Die bundesweit erste schwarz-rot-grüne Landesregierung in Sachsen-Anhalt ist perfekt, der Koalitionsvertrag steht, die Ministerien sind verteilt, der Ministerpräsident gewählt. Reiner Haseloff kündigte ein Sofortprogramm der neuen Landesregierung an: Es werden mehr Lehrer und mehr Polizisten eingestellt. Das Weihnachtsgeld soll wieder eingeführt, die Kostendämpfungspauschale in Beihilfe und Heilfürsorge abgeschafft und die Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte angehoben werden. So steht es im Koalitionsvertrag.

CDU, SPD und Grüne haben sich auf gemeinsame politische Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre geeinigt. Der Vertrag für ein schwarz-rot-grünes Bündnis umfasst 145 Seiten. Was steht im Papier? Wo gibt es Schnittmengen zum öffentlichen Dienst? Der öffentlichen Verwaltung ist im Koalitionsvertrag ein eigener Unterabschnitt gewidmet. Darin heißt es zunächst allgemein, dass das Rückgrat des öffentlichen Dienstes sein Personal ist. Nur mit motivierten Mitarbeitern kann die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger erfolgreich arbeiten. Um die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung dauerhaft sicherzustellen, werden die Koalitionspartner den öffentlichen Dienst schrittweise attraktiver gestalten.

## ■ **Besoldung wird angepasst**

Und dann wird es konkret: Die Beamtenbesoldung soll noch 2016 an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation angepasst werden. Die Kostendämpfungspauschale für Beihilfe und Heilfürsorge wird zum 1. Januar 2017 ersatzlos gestrichen. Als Jahressonderzahlung wird ab 2017 eine

Pauschale für die Besoldungsgruppen bis A 8 von 600 Euro, ab A 9 von 400 Euro sowie für Anwärter und Versorgungsempfänger von 200 Euro gezahlt.

## ■ **Zeitgleiche Übertragung**

Die Tarifabschlüsse der öffentlich Beschäftigten werden künftig ohne zeitliche Verschiebung besoldungsrechtlich umgesetzt. Die Vertragspartner bekennen sich ausdrücklich zum Verbleib in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Die landesbezogenen Tarifverträge zur Altersteilzeit (TV ATZ LSA, TV ATZ-F LSA) und zur Teilzeit (Teilzeit TV LSA, Teilzeit TV Schulen LSA 2014), die am 31. Dezember 2016 auslaufen, werden nicht verlängert. Die Gewährung von Teilzeit im Rahmen der bestehenden Vorschriften ist davon aber nicht berührt. CDU, SPD und Grüne sind sich einig, im Landesbesoldungsgesetz alle Hindernisse zu beseitigen, die einer Gleichstellung von Lehrkräften allgemeinbildender und berufsbildender Schulen mit einer Ausbildung als Lehrer nach dem Recht der DDR (mit einer Lehrbefähigung für zwei Fächer) mit Lehrkräften neuen Rechts entgegenstehen. Die Eingruppierung der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an



den Fachhochschulen soll im Rahmen der Ermächtigung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder verbessert werden. Außerdem soll die Versorgungslücke der kommunalen Wahlbeamten „der ersten Stunde“ geschlossen werden, indem ihre damaligen Zeiten im Angestelltenverhältnis versorgungswirksam anerkannt werden.

Auf der Agenda von CDU, SPD und Grünen steht auch die Verlängerung der beamtenrechtlichen Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre, für Beamte im Polizei- und Justizvollzugsdienst sowie im Einsatzdienst der Feuerwehren bis zur Besoldungsgruppe A 11 auf 61 Jahre und ab Besoldungsgruppe A 12 auf 62 Jahre. Ein bereits im August 2014 von der CDU/SPD-geführten Landesregierung auf den Weg gebrachtes umfangreiches Gesetzespaket mit der schrittweisen Anhebung der Pensionsaltersgrenzen sowie einer Vollregelung der Altersversorgung der Beamten war gescheitert, weil sich CDU und SPD uneins über die Anhebung der besonderen Altersgrenzen für Beamte in den Vollzugsdiensten und im feuerwehr-

technischen Einsatzdienst waren. Während SPD-Innenexperte Rüdiger Erben die Forderung des dbb unterstützte und wegen besonders belastender Tätigkeiten Sonderregelungen etwa für Polizeivollzugsbedienstete und Feuerwehrbeamte forderte, ging die Forderung CDU-Politikern zu weit. Sie argumentieren, dass Ausnahmen zur Regel und in der Polizei dann die meisten Vollzugsbeamten weiter mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen würden. Der Abstand von sieben Jahren zwischen Polizeivollzugsbeamten und zum Beispiel verbeamteten Lehrern sei zu hoch und ungerecht, argumentierte CDU-Finanzexpertin Eva Feußner damals. Die Beamtinnen und Beamten hatten sich über die Schonfrist gefreut, wussten aber auch, dass aufgeschoben nicht aufgehoben bedeutet und die beamtenrechtlichen Altersgrenzen nach den Landtagswahlen schnell wieder Thema sein werden.

## ■ **Novelle des PersVG LSA**

Ein anderes Projekt, das die CDU/SPD-Koalition in der letzten Legislaturperiode nicht

umgesetzt hatte, war die Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes. Auch das Thema fand wieder Einzug in den Koalitionsvertrag: Das Personalvertretungsgesetz soll mit Blick auf den Personalabbau und die Umstrukturierungen in den öffentlichen Verwaltungen moderner und flexibler ausgestaltet werden. Konkret vereinbarten CDU, SPD und Grüne, die Freistellungsgrenze für die Mitglieder des Personalrates von bisher 300 Beschäftigten auf 250 Beschäftigte herabzusetzen, die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte als Beratungsgremium im Gesetz zu verankern und die Wahl des Vorstandes des Personalrates gerechter auszugestalten, indem alle im Personalrat vertretenen Gruppen chancengleich berücksichtigt werden.

Einig sind sich die Koalitionspartner auch darüber, das viel kritisierte Personalentwicklungskonzept (PEK) zu überarbeiten. Das PEK soll auf der Grundlage einer Zielzahl von 18,7 je 1.000 Einwohner bis Ende des Jahres 2020 neu ausgerichtet werden. Dazu haben die Vertragspartner vereinbart, dass Anreize zur Steuerung des Personalbedarfs durch die Bildung von Budgets geschaffen werden, befristete Stellen durch die Fachministerien

entfristet werden können und jeder Beschäftigte mit einer Stelle im Stellenplan unterstellt wird. Das Landesverwaltungsamt soll als Bündelungsbehörde auch die nächsten fünf Jahre die zentrale Landesbehörde für die operative Aufgabenerledigung sein. Fachlich zusammenhängende Aufgabenbereiche sollen grundsätzlich auf einer Behördenebene gebündelt werden. Hierzu soll auch die Kommunalisierung bisher staatlich wahrgenommener Aufgaben umfassend geprüft werden.

### ■ Zündstoff enthalten

Um die Qualität und die gezielte Nachwuchsgewinnung in der öffentlichen Verwaltung Sachsen-Anhalts zu stärken, kann die interne Fachhochschulausbildung einen wertvollen Beitrag leisten, heißt es im Koalitionsvertrag. Die Koalitionspartner prüfen daher die Einführung einer entsprechenden dualen Ausbildung für die Laufbahngruppe 2 im ersten Einstiegsamt. Schnittmengen zum öffentlichen Dienst gibt es im Koalitionsvertrag noch an vielen anderen Stellen. Da der Vertrag erst unmittelbar vor Redaktionsschluss vorlag, hat sich die Redaktion darauf beschränkt, über das Regierungsprogramm zu informieren, ohne einzelne Vorhaben zu

bewerten. „Zündstoff“ bietet der Koalitionsvertrag jede Menge. Erste Unmutsbekundungen von Beamtinnen und Beamten gibt es bereits, weil das Weihnachtsgeld erst ab 2017, und zwar als Festbetrag, gezahlt und nicht wie vom dbb gefordert, in die Besoldungsta-

belle eingebaut werden soll. Aufgabe des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften wird es in den nächsten Tagen und Wochen sein, die Ziele und Aufgaben, die sich CDU, SPD und Grüne für die kommenden fünf Jahre gestellt haben, zu bewerten. ■

### > Kehrtwende in der Personalpolitik

Bereits vor den Koalitionsverhandlungen hat sich dbb Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck über seine Erwartungen an CDU, SPD und Grüne geäußert: „Ich gehe davon aus, dass die Grundsätze der Personalpolitik Gegenstand der Verhandlungen sein werden. Wir erwarten von den potenziellen Koalitionspartnern eine Kurskorrektur in der Personalpolitik“, sagte Ladebeck. Das Ergebnis des radikalen Stellenabbaus in den vergangenen Jahren sei eine in weiten Teilen handlungsunfähige öffentliche Verwaltung. „Wir brauchen nicht nur mehr Lehrer und Polizisten, wir brauchen dauerhaft mehr Personal in der Landesverwaltung“, so der dbb Landeschef.



Frank A. Bangert

&gt; Wolfgang Ladebeck

Ladebeck erinnerte CDU, SPD und Grüne auch an ihre Zusage vor der Wahl, eine amtsangemessene, verfassungskonforme und konkurrenzfähige Besoldung herzustellen, indem unter anderem die Sonderzahlung wieder eingeführt und die Kostendämpfungspauschale abgeschafft wird. Zur Wertschätzung für die Bediensteten der Landesverwaltung gehört auch, dass Haushaltsvorsorge für Beförderungen und Stellenhebungen getroffen wird. Schließlich erwarten die Beamten und Versorgungsempfänger, dass sie nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Deshalb gehört in den Koalitionsvertrag auch, dass künftige Tarifergebnisse inhaltlich und zeitgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen werden.

Außerdem fordert der dbb ein deutliches Bekenntnis zur Beibehaltung des Beamtenstatus mit absolutem Streikverbot. Ladebeck: „Nur das strikte Streikverbot sichert der Bevölkerung an 365 Tagen im Jahr staatliche Leistungen.“

Nachdem die Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in der vergangenen Legislaturperiode gescheitert war und CDU und SPD den Koalitionsvertrag in diesem Punkt nicht erfüllt haben, reichte ein bloßes Bekenntnis der Koalitionspartner zur Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes nicht aus. Bereits im Koalitionsvertrag sollten wesentliche Inhalte der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes festgeschrieben werden, so Ladebeck. Dazu zählten unter anderem die Erweiterung der Mitbestimmungstatbestände, die Anpassung der Beteiligungsrechte des Personalrates an bestehende datenschutzrechtliche Regelungen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Personalvertretungen, die Bildung einer Konferenz oder Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte sowie die Wiedereinführung des Gruppenprinzips bei der Wahl des Vorstandes.



DSTG

> Die Landeschefin der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Iris Herfurth, und ihre Vorstandskollegen Rainer Urban und Andreas Köditz trafen am 19. April 2016 ein letztes Mal mit Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) zusammen, auch um sich offiziell vom stets dialogbereiten obersten Dienstherrn der Beschäftigten und Beamten in der Finanzverwaltung zu verabschieden.

DPoIG und DSTG:

# Mehr Personal einplanen

Eine Überarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes fordern die Deutsche Polizeigewerkschaft und die Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert mindestens 7 000 Polizeivollzugsbeamte und 1 500 Stellen für die Polizeiverwaltung, um die innere Sicherheit im Land zu gewährleisten. Deshalb sollen in der Landespolizei 450 Einstellungen pro Jahr vorgenommen werden. Ganz oben auf der Prioritätenliste der Gewerkschaft stehen zudem jährlich kontinuierliche Beförderungen in allen Besoldungsstufen und Höhergruppierungen in den Entgeltgruppen, erleichterte Aufstiege von Beamten der Laufbahngruppe 1 in die Laufbahngruppe 2, die Fortführung der Beschäftigungssicherung über das Jahr 2016 hinaus, Verbesserungen in Bekleidung, Technik und Ausrüstung, die Verringerung der Einsatzbelastung der Einsatzhundertschaften und Spezialeinheiten, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die Anwendung des behördlichen Rechtsschutzes und die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge. Die Deutsche Polizeigewerkschaft lehnt die



Anhebung der besonderen Altersgrenzen für den Polizeivollzugsdienst und feuerwehertechnischen Vollzugsdienst grundsätzlich ab, zumindest sollten aber Schicht- und Wechselschichtdienstjahre angerechnet werden.

Auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wies schon vor der Landtagswahl auf fehlendes Personal in den Finanzämtern hin. „Der Zusammenhang zwischen Steuereinnahmen und einer funktionierenden Gesellschaft wird oft verkannt“, sagte DSTG-Landeschefin Iris Herfurth. Die Zukunft Sachsen-Anhalts hänge auch von den Steuereinnahmen ab. „Einnahmen bedeuten nämlich bezahlbaren Wohn-

raum, Sanierung von Schulen und Kitas, Ausbau des Nahverkehrs, Sanierung von Straßen und Brücken, bessere Bildungschancen für alle und mehr soziale Sicherheit“, so Herfurth. Die konsequente Anwendung der Steuergesetze mit einer Gleichmäßigkeit der Besteuerung müsse oberste Priorität haben. Steuerhinterziehung dürfe nicht zum Volkssport werden. Die Kürzung von über 100 Stellen im Betriebsprüfungsamt sei daher kontraproduktiv. Ganz oben stehe deshalb die Überarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes mit dem Ziel, den Personalabbau zu stoppen und den Weg für mehr Neueinstellungen in der Finanzverwaltung wieder frei zu machen. ■

> Kommentar

## Eklat im Landtag

Der Landtag von Sachsen-Anhalt ist am 13. April 2016 gleich mit einem Eklat in die neue Wahlperiode gestartet. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landtages ist ein Vizepräsident im ersten Wahlgang durchgefallen. So ergangen ist es dem Exfraktionschef der Linken, Wulf Gallert. Er erhielt nur 39 Stimmen, 44 wären notwendig gewesen. Erst nach einer Auszeit und Beratungen zwischen Linken, Grünen, SPD und CDU wurde Gallert im zweiten Wahlgang mit 45 Stimmen knapp gewählt. Die AfD, die eigentlich einen der beiden Stellvertreterposten einsparen wollte, hatte dagegen leichtes Spiel, ihren Kandidaten durchzubringen.

Zünglein an der Waage waren offenbar CDU-Abgeordnete, die den AfD-Kandidaten mitgewählt, Wulf Gallert aber zunächst die Gefolgschaft verweigert hatten. Das hat besonders die SPD und die Grünen erzürnt. Es gehört zu den ungeschriebenen Gesetzen, dass alle aufgestellten Kandidaten der drei größten Fraktionen auch die erforderliche Mehrheit erhalten. Zuvor war Hardy Peter Güssau von der CDU mit nur 47 Stimmen als Landtagspräsident gewählt worden.

Das war alles andere als ein guter Start in die siebente Wahlperiode. Die schlechten Wahlergebnisse des Landtagspräsidenten und seiner Stellvertreter sind Wasser auf die Mühlen derer, die einer „Kenia-Koalition“ kritisch gegenüberstehen. Der Wind im Landtag wird rauer werden.

*Dr. Karola Gargelmann*

dbb Lehrerverbände:

# In Bildungsqualität investieren

Nach dem ersten Krisentreffen des Koalitionsausschusses zum Thema Bildung haben sich auch die dbb Lehrergewerkschaften an die Parteispitzen von CDU, SPD und Grüne gewandt und ihre Erwartungen an eine Kenia-Koalition geäußert.

Statt in Schulstrukturen müsse die neue Landesregierung in Bildungsqualität investieren, so der gemeinsame Tenor der dbb Lehrergewerkschaften. Der Verband Bildung und Erziehung,

der Philologenverband Sachsen-Anhalt, der Sekundarschullehrerverband, der Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen und der Berufsschullehrerverband seien davon überzeugt,

dass das gegliederte Schulsystem die geeignete Organisationsform ist, um Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft am besten begabungs- und leistungs-

gerecht zu unterrichten und zu fördern. Die Umwandlung bestehender Schulen in Gemeinschaftsschulen und weitere Neugründungen müssten deshalb beendet werden.

Statt das Schulsystem in Sachsen-Anhalt mit viel Geld, aber ungewissem Ergebnis strukturell umzubauen, müssten die bestehenden Schulen verlässlich personell und materiell ausgestattet werden, damit sie ihren Bildungsauftrag erfüllen und sich inhaltlich weiterentwickeln können. Deshalb fordern die Lehrerverbände des dbb sachsen-anhalt, dass die CDU mit der Übernahme des Kultusministeriums die bildungspolitische Verantwortung im Land übernimmt.

Mit Sorgen betrachten die Bundesvorsitzenden des Real-  
schullehrerverbandes (VDR), Jürgen Böhm, und des Deutschen Philologenverbandes

(DPhV), Heinz-Peter Meidinger, die Koalitionsvereinbarung in Sachsen-Anhalt. Beide Verbandsvorsitzenden begrüßen zwar das Bemühen der politischen Verhandlungspartner von Grünen, CDU und SPD in Sachsen-Anhalt um einen Schulfrieden, um wieder Verlässlichkeit und Ruhe an die Schulen zu bringen und weitere Reformexperimente auf Kosten der Kinder und Jugendlichen zu verhindern. Gleichzeitig kritisieren sie aber die sich abzeichnenden weitreichenden Zugeständnisse der Union an ihre jeweiligen Koalitionspartner, die eher eine weitere Aushöhlung des differenzierten Schulwesens und weitere Qualitätsverluste beim Bildungsniveau erwarten lassen. VDR-Vorsitzender Jürgen Böhm betonte, dass die Zulassung weiterer Gemeinschaftsschulen in Sachsen-Anhalt einem Schulfrieden diametral im Wege stehe.

## DSTG auf Bildungsreise in Straßburg

Die Ortsverbände Merseburg und Naumburg der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Sachsen-Anhalt unternahmen vom 10. bis 14. April 2016 eine politische Bildungsreise nach Straßburg. Auf dem Programm stand der Besuch der europäischen Institutionen.



> Auf der Reise nach Straßburg: Gewerkschafter der DSTG-Ortsverbände Merseburg und Naumburg. Mit dabei waren auch Mitglieder und interessierte Kolleginnen und Kollegen der Finanzämter Bitterfeld-Wolfen, Dessau, Halle und Magdeburg.

### > Berufungen ehrenamtlicher Richter

Das Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt hat zum 1. Mai 2016 Frank Albrecht, Harald Köhler (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer), Michael Stief (Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst), das Arbeitsgericht Dessau-Roßlau Kathrin Loße (Gewerkschaft der Sozialversicherung), das Arbeitsgericht Halle Steffen Ceglarski, Steffen Fritz (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft), Eike Waldmann (vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales), das Arbeitsgericht Magdeburg Dr. Karola Gagelmann (dbb sachsen-anhalt), Thomas Hesse (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft), Patricia Tacke (vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales) und das Arbeitsgericht Stendal Jeanette Erdmann (Gewerkschaft der Sozialversicherung) zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern berufen.

Mit dem Ziel, mehr Einblick in die Politik Europas zu bekommen, führte die Reise durchs Europaparlament und den Europarat. Die Abgeordnete Gesine Meißner erläuterte Aufbau und Arbeit des Europaparlaments. Die Gruppe besuchte eine Debatte des europäischen Parlaments mit Parlamentspräsident Martin Schulz. Parlamentarier und Gäste erhoben sich zu einer Schweigeminute im Gedenken an die Terroropfer von Brüssel.

Im Europarat, der sich vor allem um den Schutz der Demokratie und Menschenwürde kümmert, erfuhr die Reisegruppe, dass vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte derzeit rund 100 000 Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen anhängig sind. Neben dem Besuch der europäischen Institutionen stand, auch eine Stadtbesichtigung unter anderem zum Straßburger Münster mit seiner Weltzeituhr, auf dem Programm.

Vorschaltgesetz:

# Regelungen für Beamte und Beschäftigte fehlen

Der erste Teil der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen hat am 21. April 2016 den Landtag erreicht. Das Parlament hat sich erstmals mit einem Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Regierung beschäftigt. Nach dem Gesetz sollen Städte und Gemeinden bis 31. Oktober 2017 Zeit für freiwillige Zusammenschlüsse haben.

Gemeinden sollen künftig eine Mindestgröße von 6 000 Einwohnern erreichen, Kreise von mindestens 130 000 Einwohnern. Trotz zahlreicher Regelungen in diesem Gesetz, welche unter anderem den Zusammenschluss von Gemeinden und Landkreisen zur Folge haben, macht dieses Gesetz jedoch keine Aussagen zu den Auswirkungen auf die Beschäftigten – sowohl über die Beamten als auch die Tarifbeschäftigten.

Für den tbb entsteht der Eindruck, dass eine Rahmenregelung für die Beschäftigten allein deshalb in diesem Gesetz unterblieben ist, um die Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu unterlaufen.

Daher muss bereits zum jetzigen Zeitpunkt gewährleistet werden, dass bei dem Prozess der Vergrößerung von Landkreisen und Zusammenlegung von Behörden die Bediensteten in diesen Veränderungsprozess frühzeitig eingebunden werden und diesen Weg mitgestalten können. Regionalkonferenzen sind hierfür nicht ausreichend.

Der tbb mahnt an, dass er als gewerkschaftliche Spitzenorganisation frühzeitiger in das Verfahren hätte eingebunden werden müssen, da es auch mit den Vorhaben des Vorschaltgesetzes um die Belange der Bediensteten geht.

Die Mängel im Verfahren bei der Rekommunalisierung der Grundschulhorte dürfen nicht wiederholt werden: Erst müssen die Rahmenbedingungen für das Personal stehen – dann kann Veränderung erfolgen!



Ohne weitergehende Regelungen für die Tarifbeschäftigten in diesem Gesetzentwurf wären nach jetzigem Stand – Auflösung bestehender Kommunen und Neubildung größerer Einheiten – die Tarifbeschäftigten über § 613 a BGB nur für ein Jahr geschützt vor betriebsbedingten Kündigungen. Der Schutz vor verschlechterten Arbeitsbedingungen greift nur bedingt, da die Angestellten von einem Tarifvertrag in den nächsten wechseln.

Die Arbeitnehmer haben gegenüber dem neuen Dienstherrn (Gemeinde, Landkreis,

gegebenenfalls Land) nur einen Anspruch, eine Tätigkeit übertragen zu bekommen, die ihrer Entgeltgruppe entspricht. In diesem Rahmen kann der neue Arbeitgeber im Rahmen des Direktionsrechts auch an-

dere als die bisher ausgeübten Tätigkeiten übertragen.

Mit dem Wechsel gehen ohne besondere Regelungen die Jubiläumsdienstjahre verloren. Auch Erfahrungsstufen werden neu bestimmt, Urlaubsgenehmigungen verfallen.

Die verbeamteten Kollegen sind zwar teilweise geschützt über das Beamtentrecht. Bewilligungen auf Teilzeit sind jedoch zu widerrufen (§ 65 ThürBG), auch eine Versetzung bedarf nicht der Zustimmung des Beamten (§ 11 Abs. 3 Satz 2 ThürBG). Junge Kollegen auf

Probe müssen aufpassen. In § 23 Abs. 3 Beamtenstatusgesetz heißt es: „Beamtinnen auf Probe und Beamte auf Probe können entlassen werden, ... (Nr. 3) wenn ihr Aufgabengebiet bei einer Behörde von der Auflösung dieser Behörde oder einer auf landesrechtlicher Vorschrift beruhenden wesentlichen Änderung des Aufbaus oder Verschmelzung dieser Behörde mit einer anderen oder von der Umbildung einer Körperschaft berührt wird und eine andere Verwendung nicht möglich ist.“

Auflösung von Personalvertretungen und der Wegfall von Freistellungen können die Folge sein, wenn sich die Zahl der Beschäftigten der aufnehmenden Dienststelle oder der aufnehmenden juristischen Person um weniger als ein Fünftel geändert hat oder eine Neuwahl innerhalb von sechs Monaten vor der nächsten Personalratswahl liegen würde.

Auch die Zusatzversorgung bei der VBL wird nicht weitergeführt, sondern Neuverträge müssen abgeschlossen werden. Die Dienststelle beziehungsweise der Arbeitsort werden sich ändern. Teilweise können die kommunalen Regelungen zum Entgelt schlechter als die nach TV-L sein.

Der tbb hat sich mit dieser Kritik bereits an zahlreiche Minister und den Ministerpräsidenten gewandt. Darüber hinaus wurden auch die Abgeordneten des Thüringer Landtags von uns informiert. Ein Schreiben an den Thüringer Innenminister mit diesem Inhalt sowie ein weiteres, welches die Verletzung der Beteiligung rügt, blieben bislang unbeantwortet. ■



komba jugend thüringen:

## Neue Landesleitung

Seit dem 8. April 2016 hat die komba jugend thüringen eine neue Landesjugendleitung unter Führung von Benjamin Lange.

Sein Team vervollständigt sich mit Sebastian Scheiding (1. stellvertretender Landesjugendleiter), Dorin Kruchen (2. stellvertretende Landesjugendleiterin), David Schreyll (Beisitzer) und Sven Kahnert (Beisitzer). Als Rechnungsprüfer sind Nick Försterling und Sandra Müller mit an Bord. Mit der Wahl geht eine ereignisreiche Zeit zu Ende. „Drei Jahre, in denen die thüringer komba jugend stark, zielbewusst und motiviert auftrat“, so Martin Risch, nun ehemaliger Landes-

jugendleiter. „Und dies nicht nur, um eigene Forderungen zu unterstützen, sondern auch, um den Erwachsenen bei Aktionen und der Forderungsdurchsetzung tatkräftig unter die Arme zu greifen – ganz unter dem Motto: Immer vorne mit dabei!“

„Die komba jugend in Thüringen ist stets vor Ort, wenn es darum geht, die dbb jugend thüringen bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Durch die gute Jugendarbeit in der Fachge-



werkschaft wird die komba auch zukünftig ein verlässlicher Partner in Thüringen sein“, betonte Mareike Klostermann bei ihren Dankesworten an die alte Landesjugendleitung. Gleichzeitig unterstrich sie ihre Bereitschaft zur weiteren Unterstützung der neuen Mannschaft.

Ebenso lobende Worte fand Daniel Schlichting, Zweiter Bundesvorsitzender der komba

jugend, in einem Grußwort. „Die komba jugend thüringen können wir guten Gewissens als ‚Flagschiff‘ unter den neuen Bundesländern bezeichnen“, betonte er.

In der anschließenden Arbeitstagung wurde der neue Kurs für die nächsten Jahre festgezurr, getreu dem Motto: Volle Fahrt voraus!

BSBD:

## 7. Verbandstag in Jena

Am 20. und 21. April fand in Jena der 7. Verbandstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Landesverband Thüringen statt. Ein umfangreiches Programm war zu absolvieren.

Der Landesvorstand berichtete zunächst über die Verbandsarbeit in den zurückliegenden Jahren und die aktuelle Situation. Besondere Sorge bereitet uns gegenwärtig die Personalsituation im Justizvollzug. Hierzu wurde bereits mehrfach im dbb regionalmagazin, zuletzt in der Ausgabe April 2016 auf Seite 18 ff., berichtet. Auch in der Diskussion mit den Delegierten war dies ein deutlicher Schwerpunkt. Nach der Aussprache zum Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes wurde über zahlreiche Anträge zu Satzungsänderungen entschieden und eine neue Finanzrichtlinie beschlossen.

Einstimmig wurde beschlossen, dass sich der Verband weiter insbesondere für eine Bündelung der Dienstposten im mittleren Dienst in den Besoldungsgruppen A 7 bis A 9 einsetzen soll, nachdem entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Thüringer Oberverwaltungsgerichts und anderer Gerichte der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts am 16. Dezember 2015 (2BvR 1958/13) entschieden hatte, dass in der sogenannten Massenverwaltung (Dienstposten mit ständig wechselnden Aufgaben) ein sachlicher Grund für eine Dienstpostenbündelung („Topfwirtschaft“) besteht,

und dargestellt hatte, dass es „... keinen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtenrechts im Sinne von Art. 33 Abs. 5 GG gebe, wonach mit einem höheren Statusamt (stets) auch eine höhere Funktion verbunden sein muss ...“

Weitere Schwerpunkte waren die Beschlüsse zum Kassenbericht und zur Haushaltssatzung. Durch den Rechnungsprüfer, Kollege M. Butters, wurde auch im Namen des 2. Rechnungsprüfers, Kollege T. Hey, die vorbildliche Arbeit der Schatzmeisterin, Kollegin S. Luft, sowie ihrer Stellvertreterin, Kollegin B. Guhlich, gelobt. Der Landesvorstand wurde entlastet.

Die Neuwahlen des Landesvorstandes wurden durch die Wahlkommission, Kollegen A. Hummel und A. Wietschel,



> Helmut Liebermann gratuliert dem neuen Ehrenvorsitzenden des BSBD und Ehrennadelträger des tbb Gerd Schulz.

unterstützt. In den Landesvorstand wurden gewählt: J. Bursian (Vorsitzender), S. Grollnitz (Stellvertreterin), U. Hoßfeld (Stellvertreter), U. Allgäuer (Stellvertreter), D. Zitzmann (Schrift- und Geschäftsführerin), S. Luft (Schatzmeisterin). Zu Rechnungsprüfern wurden M. Butters und T. Hey bestellt sowie Herr Steinke zum Tarifvertreter.

Aufgrund ihrer Verdienste für unseren Verband wurden auf Vorschlag des Landeshaupt-

ausschusses ehemalige Mitglieder des Landesvorstandes geehrt. Kollege G. Schulz als langjähriger Vorsitzender wurde zum Ehrenvorsitzenden, die Kolleginnen B. Guhlich (langjährig als Schatzmeisterin und stellvertretende Schatzmeisterin tätig) und S. Dillner (ehemals Schrift- und Geschäftsführerin) sowie der Kollege Herbst (Rechnungsprüfer) zu Ehrenmitgliedern gewählt. Die Kollegin Drechsler, die ebenfalls lange im Landesvorstand tätig war, am Verbandstag aber nicht teilnehmen konnte, wird ebenfalls für ihre Tätigkeit im Landesverband geehrt.

Zur öffentlichen Veranstaltung hatte der Vorstand den Vorsitzenden des Thüringer Beamtenbundes, Kollege Helmut Liebermann, und Vertreter der Fraktionen der im Thüringer Landtag vertretenen demokratischen Parteien eingeladen. Aufgrund einer zeitgleich stattfindenden Sitzung im Landtag (Plenum) konnten leider keine



> Der neue und der alte Landesvorstand

Abgeordneten teilnehmen. Die Fraktionen SPD, CDU und Die Linke haben aber die Möglichkeit genutzt, schriftliche Grußworte an die Delegierten zu richten. Diese wurden in der öffentlichen Veranstaltung verlesen und sind auf unserer Homepage ([www.bsbd-thueringen.de](http://www.bsbd-thueringen.de)) unter der Rubrik „Aktuell“ veröffentlicht. Kollege Helmut Liebermann richtete ebenfalls ein Grußwort an die Delegierten und berichtete von der aktuellen Entwicklung im Bereich des öffentlichen Dienstes, insbesondere zur vorgesehenen Gebiets- und Funktionalreform sowie zur Lage der Beschäftigten. Darüber hinaus beantwortete Kollege Liebermann auch verschiedene Fra-

gen der Delegierten. Besonders freut uns, dass er Verständnis für unsere Forderung nach Angleichung der Zulage für Tätigkeiten in Justizvollzugsanstalten an die Zulage für Polizeivollzugsbeamte geäußert und die Unterstützung des tbb für diese zugesichert hat. Anlässlich unseres Verbandstages hat der Vorsitzende des tbb, Kollege Liebermann, unseren Ehrenvorsitzenden Gerd Schulz für seine Verdienste in unserem Verband, aber insbesondere auch für seine langjährige Mitarbeit im tbb Landeshauptvorstand mit der Ehrenmedaille des tbb geehrt. Der Verbandstag endete mit dem Schlusswort des Vorsitzenden. Kollege Bursian stellte

dar, dass die aktuelle Lage und Entwicklung gerade im Justizvollzug mit vielen Herausforderungen verbunden ist, und bedankte sich für das an den neuen Vorstand gerichtete Vertrauen. Er richtete seine Bitte an die Delegierten, künftig (noch) mehr vor allem auch jüngere Bedienstete für eine aktive Tätigkeit im Verband zu gewinnen. Der Vorstand bedankt sich auch auf diesem Wege bei allen Kolleginnen und Kollegen, die mit der Vorbereitung des Verbandstages beschäftigt waren und bei den Delegierten für ihre konstruktive Diskussion.

*Der Landesvorstand des BSBD – Landesverband Thüringen*

U. Hofsfeld

BDZ:

## Neuer Personalrat beim Hauptzollamt Erfurt

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

für das mit Ihrer Stimmabgabe im Rahmen der Personalratswahlen uns gegenüber ausgesprochene Vertrauen bedanken wir uns sehr herzlich.

In einer Zeit weiterer grundlegender struktureller Veränderungen ist es in den kommenden Monaten unsere Aufgabe, gemeinsam mit der Leitung des HZA einen vernünftigen und sozialverträglichen Ausgleich zwischen den Vorstellungen und Forderungen der Dienststelle und Ihren Interessen zu erzielen. Wenn Sie es

wollen, sind wir jederzeit bereit, Sie mit Rat und Tat zu unterstützen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Sie sich persönlich, fernmündlich, per E-Mail ([personalrat.hza-erfurt@zoll.bund.de](mailto:personalrat.hza-erfurt@zoll.bund.de)) oder auch schriftlich bei uns melden.

Auch der neue Personalrat wird sich eine Geschäftsordnung zur Festlegung der grundsätzlichen Arbeitsweise geben, welche in der nächsten Sitzung beschlossen und anschließend ins Intranet eingestellt wird. Natürlich ist es auch möglich, dass sich Funktionen und Zu-



> Christian Bauer, Denny Hofmann, Olaf Heinig, Henry Tuch, Hubert Hedrich, Ingo Werner, Matthias Schwarz, Michael Klinner, Sylvia Noll, Daniel Riedel (von links)

ständigkeiten innerhalb des Gremiums im Verlauf der Wahlperiode ändern und Zuständigkeiten entsprechend angepasst werden.

Unsere Kontaktdaten finden Sie im Intranet unter dem Punkt „Beauftragte & Interessenvertretung/Personalrat“. Neben den Mitgliedern gibt es

noch eine Vielzahl von Ersatzmitgliedern, die im Vertretungsfall ebenso an Sitzungen teilnehmen werden und sich vertrauensvoll für Ihre Belange einsetzen.

Mit kollegialen Grüßen

*Ihre/Eure Mitglieder des Personalrates*

tbb frauenvertretung:

# Hauptversammlung und Seminar

„Gewalt und Gewaltprävention an den verschiedenen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst“

Die tbb frauen trafen sich vom 22. bis 23. April 2016 in Altenburg zu ihrem Frühjahrsseminar. Erster Programmpunkt war natürlich die Information der Vorsitzenden Christiane Scheler über die Arbeit der tbb frauen sowie Themen, die im Landesvorstand beziehungsweise Landeshauptvorstand diskutiert wurden. Zudem berichtete sie von der Tagung der Bundesfrauenvertretung Anfang März in Königswinter, an der neben Christiane Scheler auch Ulrike Decker (Beisitzerin tbb frauen) teilnehmen konnte. Insbesondere die Themen „Diskriminierende Beurteilung“, „Ehrenamt und Beurteilung“ sowie „Stellenabbau im öffentlichen Dienst“ beschäftigten auch unsere Kolleginnen und Kollegen in Thüringen.

## ➤ Broschüre geplant

Es wurde eine Broschüre zum Thema „Wie baue ich eine Frauenvertretung auf?“ in Aussicht gestellt, die sicher in den Mitgliedsgewerkschaften Interesse finden wird. Birgit Drischmann von der Landesleitung des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen informierte über die Arbeit der Landesleitung. Diese war in den letzten Monaten besonders durch die anstehende Gebiets- und Funktional- und Verwaltungsreform geprägt. Aus dem Gremium der Frauen wurde das Gefühl geäußert, dass man mit der Gebietsreform Tatsachen schafft und die Verwaltung dann „koste es, was es wolle“ nachorganisiert wird. Leidtragende sind hier die Beschäftigten, aber auch die Bürger, die sich im Dschungel der geänderten Zuständigkeiten zu rechtfinden müssen und denen immer weitere Anfahrtszeiten

zugemutet werden. Den Frust hierüber müssen unsere Beschäftigten ertragen. Der Vorstand der tbb frauen wird dies auf die Tagesordnung seiner nächsten Sitzung nehmen. Auch die Themen „Beförderungspraxis im Bildungsbereich“, „Telearbeit“ sowie „die Rückführung der Horterzieherinnen“ von den Kommunen



➤ Frauen aktiv und interessiert während des Seminars.

zum Land wurden rege diskutiert. Schließlich wies Birgit Drischmann noch auf die geplante Veranstaltung anlässlich 25 Jahre tbb beamtenbund und tarifunion thüringen hin.

## ➤ Gewaltprävention

Das Abendprogramm wurde diesmal einfach auf den Nachmittag verschoben. Bei Kaffee, Kuchen sowie leckeren Kostproben aus der eigenen Herstellung erfuhren die Teilnehmerinnen in der Senfonie Altenburg ein wenig über die Geschichte Altenburgs. Natürlich lernten sie auch etwas zum Thema „Senf und dessen Herstellung“. Gut gestärkt (auch durch die obligatorische

Bratwurst mit hauseigenem Senf) und mit dem ein oder anderen Senfglaschen im Beutel kehrten die Teilnehmerinnen zum Seminar zurück.

Dieses hatte es nun zu späteren Stunde thematisch noch so richtig in sich. Unter der großen Überschrift „Gewalt und Gewaltprävention an den ver-

Fachlich kompetent führte der Dozent Bodo Pfalzgraf durch die Thematik, die auch noch am zweiten Tag mit vielen Alltagsstipps fortgeführt wurde. Die einfach zu merkende Grundregel in einer Bedrohungssituation „Laut werden, Laufen, Leute ansprechen“ wurde besprochen genauso wie die Notwendigkeit der Prüfung der Arbeitsplätze insbesondere bei Neu- und Umbauten in puncto Arbeitsplatzsicherheit. Und wir reden hier nicht von ausreichend großen Bildschirmen oder ergonomischen Stühlen. Grundlegende Rechtsbegriffe wie „Notwehr“, „Nothilfe“, „Jedermanns-Rechte“ aber auch „unterlassene Hilfeleistung“, „Amtsdelikte“ sowie „Garantenstellung“ wurden an praktischen Beispielen erläutert.

Eine wichtige Aussage war: „Ein gewaltfreier Arbeitsplatz ist Chefsache“, und dem können wir nur zustimmen. Hier gibt es in einigen Bereichen noch viel zu tun. Größtes Problem ist hierbei ... es gibt keine Definition für „Gewalt am Arbeitsplatz“ und vor allem: Maßnahmen kosten Geld! Doch deswegen darf man die Augen nicht davor verschließen, denn das Thema steht und wird uns in Zukunft noch mehr beschäftigen. Der Dienstherr darf hier seine Beschäftigten nicht allein lassen.

Die tbb frauen werden sich dieser Thematik auch in Zukunft annehmen und planen ein weiteres Seminar unter der Überschrift „Gewaltfreie Kommunikation“.

*Doreen Trautmann,  
stellvertretende Vorsitzende  
tbb frauen*

